

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung

vom

26. 1. 2012

TOP 1

Erster Tagesordnungspunkt war eine Aktuelle Stunde der ÖVP unter dem Titel „Freiwillige in Gefahr – Ende der Wehrpflicht bedeutet Rückgang der Zivildienstleistungen und dadurch einen personellen Kahlschlag bei Rettung, Feuerwehr und Co“.

LAbg. Christian Hafenecker zeigt sich erfreut darüber, dass die ÖVP die freiheitlichen Warnungen und Bedenken im Hinblick auf eine mögliche Abschaffung der Wehrpflicht übernommen hat. Schon im Vorjahr hat die FPÖ einen Antrag für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht eingebracht, der auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen wurde. Weiters können die Freiheitlichen auf eine ganze Reihe von Aktivitäten für unser Bundesheer zurückblicken: Anträge gegen die unsinnige Zentralküche, für den raschen Ausbau der Kaserne Melk sowie für eine Bestandsgarantie für sämtliche NÖ Kasernen wurden von der FPÖ eingebracht. SP-Verteidigungsminister Darabos sind diese Beschlüsse des NÖ Landtages vollkommen gleichgültig. Anstatt, wie von den Freiheitlichen gefordert, die für den Schutz unserer Bürger enorm wichtige Pionier-Kaserne Melk auszubauen, missbraucht er diese als „Versuchskaninchen“ für seine Pilot-Versuche. Ohne die Wehrpflicht und die Melker Pioniere sind Katastropheneinsätze, und man denke hier beispielsweise an die tragischen Hochwässer, schlicht und einfach nicht bewältigbar! Die FPÖ steht zur Sicherheit der NÖ Bürger und zum Bundesheer, SP-Verteidigungsminister Darabos ist eine desaströse Fehlbesetzung und rücktrittsreif!

KO Gottfried Waldhäusl ist der Überzeugung, dass im Land NÖ der soziale Standard ohne Freiwillige und Zivildienstleistungen nicht gehalten werden kann. Durch eine Abschaffung der Wehrpflicht würden unsere Blaulichtorganisationen in eine ernsthafte Krise schlittern. Die Freiwilligen leisten aber täglich fast unmögliches, sie sind aber jetzt schon beinahe an die Grenzen des Machbaren gekommen: Sie brauchen unbedingt die Unterstützung durch Zivildienstleistungen. Die NÖ Bevölkerung muss auch in Zukunft auf rasche und kompetente Hilfe, wie sie die unzähligen Ehrenamtlichen leisten, zählen können. Dies kann aber nur durch den Beibehalt der Wehrpflicht gewährleistet werden! Wir Freiheitlichen haben schon im Vorjahr zum Bundesheer und zum umfassenden Heimatschutz gestanden, als die ÖVP noch geschlafen hat, und tun dies auch weiterhin! Es ist zwar begrüßenswert, dass die Schwarzen eine Aktuelle Stunde zur Wehrpflicht abhalten, aber an „Scheinheiligkeit“ ist diese nicht zu überbieten! Man muss sich hier auch fragen, wie schwach eigentlich die ÖVP in der Bundesregierung ist, denn dort sollte sie einmal den Beibehalt der Wehrpflicht sicherstellen!

TOP 2

Es folgte eine Aktuelle Stunde der SPÖ unter dem Titel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Kleinkinderbetreuung in Niederösterreich!“.

LAbg. Edmund Tauchner befindetet, dass das Hauptaugenmerk der Politik unter anderem auf der Förderung von Familien liegen muss: Diesbezüglich muss es endlich Steuergerechtigkeit für unsere Familien geben. Die Bundesregierung aus ÖVP und SPÖ belastet jedoch, zuletzt mit einem katastrophalen Sparpaket, die Familien auf sträflichste Art und Weise. Der Alleinverdienerabsetzbetrag wurde beispielsweise genauso ersatzlos gestrichen wie die 13. Familienbeihilfe. Ich frage mich in der aktuellen Debatte schon, ob die Herrschaften der SPÖ

glauben, Kinder könnten nur behütet in Betreuungseinrichtungen erzogen werden? Die FPÖ ist die einzige Familienpartei, während SPÖ und Grüne die kleinste, aber wichtigste Einheit unseres Staates ihren ideologischen Verirrungen aussetzen wollen. Für Familien und Frauen muss Wahlfreiheit, ob sie bei den Kindern zu Hause bleiben wollen oder nicht, und Gerechtigkeit bestehen! Rücksichtslose Arbeitsmarktpolitik darf nicht die Familienpolitik dominieren!

LAbg. Benno Sulzberger erklärt, dass die FPÖ das Rot-Grüne Rollenbild von Familie ablehnt. Dieses sei von tiefstem Marxismus und der 68er Bewegung geprägt und zielt auf die Zerschlagung der herkömmlichen Familie, bestehend aus Mann, Frau und Kindern, ab. Die Freiheitlichen stehen für die Wahlfreiheit und lehnen jegliche Bevormundung der Frauen sowie der Familien ab. Die Bundesregierung führt derzeit einen Kahlschlag nach dem anderen gegen die Familien aus und spielt dadurch mit unserem wichtigsten Humankapital.

TOP 3

- [Neubau des Landespflegeheimes Baden](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

Für LAbg. Edmund Tauchner ist der Neubau des Pflegeheimes Baden begrüßenswert. Im bisherigen Heim werden hervorragende Leistungen in Pflege und Betreuung erbracht, allerdings bietet es nicht mehr genügend Raum für die die steigende Nachfrage und ist hinsichtlich der technischen Ausstattung nicht mehr auf dem Stand der Zeit. Die FPÖ stimmt dem Neubau gerne zu, obwohl es auch eine Schattenseite gibt: Die Finanzierung. Hier sollte man im Interesse der Steuerzahler auch andere Möglichkeiten außer der überbezahlten Leasingfinanzierung in Betracht ziehen. Vergleicht man nämlich den alten Baukostenindex, der bis 2010 galt, mit dem neuen, so sieht man einer Preissteigerung von mehr als 40 Prozent! Erklärung dafür gibt es seitens des Landes keine! Man erfährt lediglich, dass die genauen Kosten erst nach Beendigung des Neubaus genau beziffert werden können, was einem finanziellen Abenteuer gleichkommt.

TOP 4

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- [ÖVP-SPÖ-FPÖ-Antrag: Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine optimale Gesundheitsversorgung für unsere Bevölkerung](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Benno Sulzberger weist darauf hin, dass die FPÖ schon im Vorjahr auf die Problematik der Nachbesetzung von Hausarztpraxen hingewiesen hat. Grund dafür ist, dass bei der Übernahme von Ordinationen die Erlaubnis zur Weiterführung von Hausapotheken nicht gesichert ist. Laut Ärztekammer sind mehr als 100 Hausapotheken von einer Schließung bedroht,

auf die Weiterführung der optimalen Versorgung unserer Bürger wirft dieses Faktum einen dunklen Schatten. Die Ausdünnung der ärztlichen Versorgung trifft vor allem den ländlichen Raum mit einer enormen Härte, eine Landflucht junger Menschen ist die Folge. Die Freiheitlichen fordern daher einen Wertsteigerungsschub bei Landärzten, das duale System mit Hausapotheken und öffentlichen Apotheken ist unbedingt beizubehalten!

TOP 5

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- [Bericht des Rechnungshofes über Tätigkeit des Rechnungshofes und Nachfrageverfahren](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 12](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

Für KO-Stv. Erich Königsberger trägt LH-Stv. Wolfgang Sobotka die volle Verantwortung für den rekordhohen Schuldenstand des Landes NÖ und die gescheiterten Wohnbauveranlagungen. Weder Notfallpläne noch neue Veranlagungsbestimmungen können gegen dieses schwarze Desaster helfen, denn das Gefährlichste ist der VP-„Oberpleitier“ Sobotka mit seinen gescheiterten Hochrisikospekulationen. Rund 1 Milliarde Euro hat dieser Pleitegeier verspekuliert! Die ÖVP geht mit dem Geld der Steuerzahler so um, wie ein Schwarm Heuschrecken mit einem Getreidespeicher. Im Budgetfahrplan 2012-2015 will Sobotka wieder Familiensilber, hart erarbeitetes Steuergeld, im Wert von 2,1 Milliarden Euro verscherbeln! Vom „Sparbuch NÖ“ wird nichts mehr übrig bleiben als ein löchriger schwarzer Sack. Wie die ÖVP mit Steuergeld umgeht zeigt auch der Rechnungshofbericht ungeschönt auf: Die Kosten für externe Beraterleistungen explodieren, rund 22 Millionen haben sich die Schwarzen die Bedienung ihrer „Freunderl“ kosten lassen. Ich frage mich schon, warum man nicht günstigere Berater aus dem Landesdienst eingesetzt hat. Das ist ein weiterer handfester VP-Skandal, der nicht mehr passieren darf! Den Kapitän und die Offiziere, welche die „Costa Concordia“ versenkt haben, die hat man eingesperrt, die Kapitäne und Offiziere der schwarzen Reederei, welche NÖ versenken, die laufen leider noch immer frei herum!

LAbg. Edmund Tauchner mahnt ein, dass Gesetze einzuhalten und Beanstandungen des Rechnungshofes umzusetzen sind. Besonders beim Landesklinikum Neunkirchen wurden 22 Punkte beanstandet, deren Umsetzung sinnvoll und machbar ist. Technische Voraussetzungen befinden sich nicht auf dem modernsten Stand der Zeit, es ist zu hoffen, dass diese bei einem Neubau ausgemerzt werden. Aber auch die Stellenbeschreibungen für dieses Spital lassen sehr zu wünschen übrig, da diese nicht einmal einheitlich erstellt wurden. Beim Jugend-Betreuungszentrum Reichenauerhof wurden die Beanstandungen des RH von 2009 bereits zu 90 Prozent umgesetzt. Für uns Freiheitlichen ist es jedoch mehr als fraglich, warum die Landesregierung 3 Jahre brauchte, um die Empfehlungen des RH umzusetzen. Auch bei der Landesberufsschule Theresienfeld wurden die meisten Makel beseitigt, die Einhebung der Lern- und Arbeitsmittelbeiträge ist man noch immer säumig. Für die FPÖ steht fest: Die Empfehlungen des Rechnungshofes sind schnellstmöglich umzusetzen!

TOP 6

- [Richtlinien und Berichte zur Veranlagung des Landes Niederösterreich](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl merkt an, dass sich die FPÖ stets gegen die Hochrisiko-Veranlagungen von VP-Finanzlandesrat Sobotka gewandt hat. Ursprünglich hatten die Wohnbaurdarlehen einen Nominalwert von 8 Milliarden Euro, jetzt sind sie nur mehr knapp die Hälfte wert! Wenn man Steuergelder anlegt, so muss dies mündelsicher sein. Außerdem darf das Landesvermögen dadurch nicht weniger werden damit der Kapitalstock erhalten bleibt. Der Freiheitliche Klub hat deshalb nicht an der Informationsveranstaltung der FIBEG über die Darlehensveranlagungen teilgenommen, da diese am Nachmittag stattfand und bereits am Vormittag die Presse informiert wurde. Das ist eine Verhöhnung des Landtages! Überhaupt könne es nicht sein, dass VP-Klubobmann Schneeberger dem Büroleiter von LH-Stv. Sobotka praktisch die Antwort auf ein diesbezügliches Beschwerdemail seinerseits diktiert, wie aus einem ihm zugespielten Mailverkehr hervorgeht!

TOP 7

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- [Österreichischer Stabilitätspakt - Festlegung einer Haftungsobergrenze für die Jahre 2011 - 2014](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

- [FPÖ-Antrag: Verbot von Spekulations-, Derivat- und Zinsswapgeschäften](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

- [Vorlage der NÖ Landesregierung: Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [ÖVP-SPÖ-Antrag: Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ*

- [ÖVP-SPÖ-Antrag: Änderung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ*

- [Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ*

KO Gottfried Waldhäusl hält fest, dass die Wohnbauveranlagungen mit einem Nominalwert von 8 Milliarden Euro nur mehr die Hälfte wert sind. Mit dem zur Debatte stehenden Budgetfahrplan setzt die ÖVP das Verschern von Familiensilber und damit den Ausverkauf des NÖ Landesvermögens fort. Das ist eine Fahrt gegen die Wand und ein finanzpolitisches Desaster. 1992, als LH Pröll in sein Amt gekommen war, betrug der Schuldenstand

Niederösterreichs eine halbe Milliarde Euro: Die „erfolgreiche“ Finanzpolitik von Pröll und seiner schwarzen Landtagsriege hat die Landesschulden bisher auf 7 Milliarden vervielfacht, den „Schatten-Schuldenberg“ noch ausgenommen. Ich bin schon gespannt, wie VP-Finanzlandesrat Sobotka seine Schuldenpolitik fortsetzen wird, wenn das letzte Besteck vom NÖ Familiensilber ausverkauft sein wird. Die ÖVP lenkt NÖ in den sicheren Landesbankrott! LH Pröll hat es selbst einmal gesagt: „Ein Lump ist der, der mehr ausgibt, als er hat!“ Da können wir gespannt sein, wann er endlich seinen „Lumpen“ aus der Landesregierung jagt!. Die FPÖ fordert für NÖ ein 4-Punkte-Programm:

1. Eine sofortige Überprüfung finanzmaroder Gemeinden und des NÖ Landesbudgets durch den Landesrechnungshof
2. Offenlegung sämtlicher ausgelagerter Schulden des Landes NÖ und der Gemeinden
3. Verbot von Spekulationsgeschäften für Gemeinden
4. Kein weiteres Verschern von Familiensilber

LAbg. Christian Hafenecker meint, dass Land und Gemeinden über Jahrzehnte hinweg über ihre Verhältnisse gewirtschaftet haben. Die NÖ Gemeinden, die von VP- und SP-Bürgermeistern regiert werden, sind hoffnungslos verschuldet: Die parteipolitisch besetzte Gemeindeaufsichtsbehörde hat versagt. Es braucht daher umfassende Transparenz und endlich einen sorgsameren Umgang mit Steuergeldern. Millionen Euro wurden bei Hochrisikospekulationen von schwarz-roten Bürgermeisterinnen verzoockt. Kommunen und Gemeindeverbände sind keine Banken und haben daher nicht zu spekulieren! Die FPÖ fordert daher ein Verbot sämtlicher Spekulationsgeschäfte für Gemeinden und Gemeindeverbände! Die in landes- oder gemeindeeigene Betriebe ausgelagerten Schulden müssen offengelegt werden!

KO-Stv. Erich Königsberger merkt an, dass die NÖ Budgetziele 2010-2013 nicht erreicht werden können. Das IHS hat einen Aufschwung der Wirtschaft für Ende 2012 nur unter der Voraussetzung prognostiziert, dass Griechenland und kein anderer Euro-Staat in die Pleite schlittern. Das sind zutiefst unrealistische Annahmen, da Griechenland kurz vor dem Bankrott steht. Dieser fatalen Theorie ähnlich sind Aktionen von VP-LH-Stv. Sobotka in der NÖ Finanzpolitik: Er nimmt bis 2015 2,1 Milliarden aus dem NÖ Landesvermögen um damit seine Schuldenpolitik fortzusetzen! Mit diesem Kurs wird auf mittlere Sicht das „Sparbuch NÖ“ leer sein! Wenn die ÖVP solche Tatsachen auch noch leugnet, ist das übelster Finanzzynismus.

TOP 8

- [Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings](#)

Abstimmung: Einstimmig angenommen

LAbg. Christian Hafenecker befürwortet diesen Antrag, da durch eine weitere Marktöffnung am Flughafen Wien unzählige Arbeitsplätze bedroht sind und ein umfassendes Lohn- und Sozialdumping eintreten könnte. Die FPÖ steht entschieden hinter dem Personal des Flughafens, auch wenn es der EU nicht passt! ÖVP und SPÖ sollen das im EU-Parlament so sehen!

TOP 9

- [Debatte über die Beantwortung der Anfrage von LAbg. Hafenecker an LH-Stv. Sobotka bez. Zinsswapgeschäfte](#)

*FP-Antrag auf „Nichtzurkenntnisnahme“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

LAbg. Hafenecker kritisiert die vollkommen unzureichende Beantwortung seiner Anfrage durch LH-Stv. Sobotka. Ob das Land NÖ von riskanten Zinsswapgeschäften der Gemeinden wusste, beantwortete LH-Stv. Sobotka mit einem schlichten „Nein“.

Für KO Waldhäusl ist es schlicht unbegreiflich, dass Sobotka als Chef der Gemeindeaufsicht und Mitglied der Landesregierung nichts von den Zinsswapgeschäften der Kommunen wissen will, obwohl gegenteilige Beweise vorliegen. Entweder kennt sich Sobotka in seinem Ressort nicht aus oder lügt bewusst, wobei zweiteres wohl am ehesten zutrifft!

ENDE